



Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern,
Joachim Herrmann,

anlässlich der Vorstellung der "Verfassungsschutzinformationen
Bayern 1. Halbjahr 2008"
am 11. August 2008 in München

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Einleitende
Worte

Ich freue mich, Sie zur Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2008 im Rahmen dieser Pressekonferenz begrüßen zu können.

neuer Leiter
LfV

Bevor ich auf die Entwicklungen in verschiedenen Extremismusbereichen eingehe, möchte ich jedoch vorher die Gelegenheit nutzen, den **neuen Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz**, Herrn Dr. Burkhard Körner, in seiner neuen Funktion zu begrüßen. Herr Dr. Körner, ich **gratuliere** Ihnen nochmals zu diesem **neuen Amt** und wünsche Ihnen hierfür viel Erfolg, viel Kraft und auch das notwendige Glück bei Ihrer Arbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der **internationale islamistische Terrorismus und Extremismus** ist nach wie vor der **bedeutendste**

Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch in Deutschland **jederzeit Anschläge** durch islamistische Terroristen **möglich** sind. Konkrete Hinweise auf Anschläge in Deutschland bestehen zwar nicht. Es gibt jedoch keinen Anlass für die Annahme, dass mit Anschlagversuchen, wie wir sie in den Vorjahren erlebt haben, nicht mehr zu rechnen wäre.

Wandel der
Bedrohung

Wir sind einem ständigen Wandel, einer **ständigen Entwicklung und Eskalation von Bedrohungsszenarien** ausgesetzt. Zunächst ging es nur um Terroristen vom Typ „Atta“, die Attentäter des 11. September 2001, die von außen kamen. Mit den Anschläge auf **Londoner U-Bahnen im Sommer 2005** mussten wir das Phänomen des **home-grown-terrorism** erkennen, also die Tatsache, dass in unserer westlichen Demokratie aufgewachsene Menschen Terroristen wurden. Dann machten wir die Erfahrung,

dass auch in Deutschland Zellen bereits eigenständig arbeiten und sich selbst aktivieren, wie es für die beiden Studenten gilt, die die fehlgeschlagenen Kofferbombenanschläge auf zwei Regionalzüge im Juli 2006 planten. Home-grown Terrorismus ist nicht nur ein Phänomen der Gesellschaft in Großbritannien geblieben, sondern auch die am **4. September 2007 in Nordrhein-Westfalen** festgenommenen Täter können zu den „home grown“-Terroristen gerechnet werden: Zwei Deutsche und ein in Deutschland aufgewachsener Türke. Bei den beiden deutschen Verdächtigen ist noch zusätzlich auf die **Konvertiten-Problematik aufmerksam zu machen**. Und als **neue Stufe** versucht jetzt Al-Qaida unter anderem gezielt, zum Islam **übergetretene Deutsche auch als Selbstmordattentäter anzuwerben**, die sich wegen ihres westlichen Aussehens und ihrer Staatsangehörigkeit unauffälliger bewegen können. Gegenmaßnahmen werden dadurch immer schwerer gemacht.

Anwerbung
durch Al-Qaida

Der **Präsident des BKA, Jörg Ziercke**, hat dazu aktuell in einem Interview mit dem Tagespiegel eine Gefährdungsbewertung abgegeben und darauf hingewiesen, dass inzwischen mehr als **50 Islamisten aus Deutschland** in Trainingslagern von Al Qaida, von den Taliban und von der Islamic Jihad Union (IJU) ausgebildet wurden. Angesichts der Verlautbarungen von Al Qaida und der IJU sind wir überzeugt, dass man beschlossen hat, Anschläge auch in Deutschland zu begehen. Es bestehen aber keine konkreten Hinweise auf bevorstehende Anschläge.

Ich will auf zwei Einzelfälle von Terroristen mit deutschen Hintergrund kurz eingehen:

Cüneyt Ciftci

Der bis April 2007 in Bayern wohnhafte türkische Staatsangehöriger **Cüneyt Ciftci** hat am 3. März mit einem mit Sprengstoff beladenen LKW in einem Militärlager in Afghanistan einen Selbstmordanschlag

begangen und dabei mehrere Menschen in den Tod gerissen. Es dürfte sich dabei wohl um den ersten islamistisch-terroristisch motivierten Selbstmordattentäter handeln, der in Deutschland geboren, aufgewachsen und sozialisiert wurde. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass auch Verbindungen zu den im September letzten Jahres in Nordrhein-Westfalen gefassten Attentätern der Islamic Jihad Union (IJU) bestanden.

Eric Breininger

Aktuell im Blickfeld der Sicherheitsbehörden ist auch der deutsche Konvertit **Eric Breininger aus dem Saarland**, der sich vermutlich in Afghanistan oder Pakistan aufhält. Bei dem inzwischen international Gesuchten muss aufgrund verschiedener Videobotschaften davon ausgegangen werden, dass er für die nächste Zeit ein Selbstmordattentat wie vor ihm bereits Cüneyt Ciftci plant. Auch hier bestehen Verbindungen zur IJU.

Diese Beobachtungen stellen **wachsende Anforderungen an die Arbeit des Verfassungsschutzes**. Es gilt nicht nur, einschlägige Moscheen mit extremistischer Trägerschaft im Auge zu behalten. Dazu gehört die Überwachung des Internets. Dazu gehört auch ein ganzheitlicher Bekämpfungsansatz, der eine **enge Zusammenarbeit** von Polizei, Verfassungsschutz und anderen Behörden im Vorfeld von **Vereinsverboten**, bei **Einbürgerungsverfahren** von Personen mit extremistischem Hintergrund und bei der **konsequenten Anwendung des Ausländerrechts** umfasst. Erst letzte Woche hat die **Arbeitsgruppe BIRGiT**, in der Spezialisten der Ausländerbehörden, des Verfassungsschutzes, der Polizei und anderer Behörden eng zusammenarbeiten, um das sicherheitsrechtliche Instrumentarium des Zuwanderungsgesetzes konsequent umzusetzen, mitgeteilt, dass inzwischen 54 islamistische Gefährder und Hassprediger Bayern verlassen haben.

Kronzeugen-
regelung

Hier dürfen wir jedoch nicht halt machen. Was wir brauchen, ist eine **Kronzeugenregelung**, nicht nur bei der Organisierten Kriminalität, sondern auch zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Bundesregierung ist hier gefordert. Es ist ärgerlich, dass die **Absprachen im Koalitionsvertrag**, die eine solche Regelung vorsehen, bis heute wegen des Widerstands der SPD-Justizministerin Zypries bis heute nicht umgesetzt sind.

Salafismus

Besonders nachdenklich stimmt in diesem Zusammenhang die **wachsende Bedeutung des Salafismus** in islamistischen Kreisen. Anhänger des Salafismus versuchen, durch ein weites salafistisches Lehr- und Bildungsnetzwerk bei den Muslimen auch in Deutschland ein **fundamentalistisches Verständnis des Islam** zu verbreiten, das im Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Zu nennen sind hier Grundlagenseminare, wie „Lerne den Islam“, die insbesondere Jugendliche

ansprechen und Online-Fortbildung über das Internet, wo auch Angehörige des salafistischen Gelehrtennetzwerks als Online-Imame auftreten. Salafismus ist eine vom saudi-arabischen Wahhabismus geprägte islamische Bewegung, die sich in streng doktrinärer Form am Leitbild der frühen Muslime orientiert. Spätere Einflüsse haben nach ihrem Verständnis den Islam verunreinigt und verfälscht. Die eigenen Mitglieder werden aufgefordert, sich von anderen Ausprägungen des Islam fernzuhalten, da sie als nicht rechtgläubig betrachtet werden. In Bayern sind derzeit **etwa 100 Personen salafistischen Netzwerken** zuzurechnen

Auch wenn die Salafisten überwiegend Gewalt ablehnen, gibt es gleichwohl einen **jihadistischen Flügel, der auf Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele** setzt. Die grundsätzlich intolerante Haltung gegenüber Andersgläubigen kann dabei **jederzeit eine Hinwendung zum Jihad-Salafismus** begünstigen. Letztlich wird

durch die salafistischen Bestrebungen der **Boden bereitet, aus dem Terroristen erwachsen können**. Für eine verantwortungsbewusste Terrorabwehr ist eine Beobachtung dieser Szene daher von besonderem Gewicht.

Ermittlungsverfahren gegen Salafisten

Im Personenumfeld des **ehemaligen Multi-Kultur-Hauses in Neu-Ulm** wird mittlerweile gegen insgesamt zehn Salafisten ermittelt, denen vorgeworfen wird, Muslime und Neu-Muslime, insbesondere auch zum Islam konvertierte Deutsche im Sinne einer besonders strengen Form des Islam zu radikalisieren, wobei Intoleranz und Gewalt gegen Ungläubige sowie der Tod im Jihad wesentlicher Bestandteil der vermittelten Ideologie sind.

KONGRA GEL

Auch wenn der islamistische Extremismus im Vordergrund steht, galt vor allem in den letzten Wochen dem KONGRA GEL (früher PKK) die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden und der Öffentlichkeit

Der in Deutschland verbotene KONGRA GEL ist eine gut und weitgehend konspirativ organisierte, straff geführte, ursprünglich marxistisch-leninistisch geprägte Kaderorganisation mit deutschlandweit 11 500, in Bayern 1 800 Anhängern. In Deutschland sind seine Ziele vor allem Geldbeschaffung für den bewaffneten Kampf in der Türkei und Kampf für politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kurden. Seinen Aktivitäten sind **in Bayern durch ein konsequentes repressives Vorgehen** und die bayerische Taktik der Nichttolerierung von Verstößen gegen das Vereinsverbot seit den 90er Jahren **enge Grenzen** gezogen worden.

Am 13. Juni hat der Bundesminister des Innern den KONGRA GEL-nahen Fernsehsenders ROJ TV verboten. Diese Maßnahme wurde von der KONGRA GEL-Führung verurteilt.

Der Entführungsfalles am Berg Ararat zeigt, dass der KONGRA GEL **jederzeit in der Lage ist, Gewalt auszuüben.**

Trotzdem kann bislang nicht davon ausgegangen werden, dass der KONGRA GEL seine bisherige **Doppelstrategie – bewaffneter Kampf in der Türkei und politisch ausgerichteter Kurs in Westeuropa** - aufgibt.

Verfassungs-
schutzgesetz
und Online -
Datenerhebung

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger umfassend zu gewährleisten, ist für die Bayerische Staatsregierung seit jeher ein zentrales Anliegen. Und hier kommt dem Verfassungsschutz eine bedeutende Rolle zu. Gerade die Beobachtung und Aufklärung terroristischer Gefahrenpotentiale sind unverzichtbar. Mit der **Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes** und insbesondere der Befugnis zur Online-Datenerhebung einschließlich der Befugnis zum Betreten von Wohnungen haben wir dem Bayerischen Verfassungsschutz die

modernsten Rechtsgrundlagen verschafft, um dieser Aufgabe nachzukommen. Dabei haben wir die Befugnisse des Verfassungsschutzes mit Augenmaß fortentwickelt. Wir bewegen uns in dem **Spannungsfeld** von dringend notwendiger **Informationsbeschaffung** des Verfassungsschutzes und grundgesetzlichem **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** mit großer Sensibilität. Ich möchte klar betonen, es geht uns ausschließlich um den **Schutz** unserer **Bevölkerung** vor Terrorismus und Extremismus, **nicht um das Ausforschen der Privatsphäre** unbescholtener Bürger.

Anrede!

rechtsextremistische
Gewaltdelikte

Im Bereich des Rechtsextremismus ist ein **deutlicher Rückgang der Gewaltdelikte** um nahezu die Hälfte festzustellen, auch wenn noch mit Nachmeldungen gerechnet werden muss. Im ersten Halbjahr 2008 waren in Bayern 26 solcher Gewaltdelikte

gegenüber 50 Gewaltdelikten im Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Das **Potential der gewaltbereiten Rechtsextremisten** ist allerdings nach wie vor **unverändert** geblieben. Wir gehen hier in Bayern von rund 1 100 Personen aus, von denen 700 der rechtsextremistischen Skinhead-Szene angehören und 400 Neonazis sind. Im Rahmen einer Beerdigungsfeier für einen Rechtsextremisten Ende Juli in Passau ist die **Gewaltbereitschaft dieser Szene** wieder deutlich geworden. Als ein Fotojournalist angegriffen und seiner Kamera beraubt worden war, kam es nach Festnahme der Verantwortlichen zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Gegen derartige Vorkommnisse muss konsequent, auch strafrechtlich, vorgegangen werden. Mittlerweile sind mehrere Strafverfahren unter anderem wegen Landfriedensbruchs, versuchter Gefangenenerbefreiung, Widerstand gegen

Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet worden.

NPD und Wahlen

Bei den organisierten Rechtsextremisten stand Anfang des Jahres die **Kommunalwahl** im Vordergrund der Aktivitäten. Die NPD erreichte hier zwar unter eigenem Namen keine Mandate. Mit den **Tarnlisten** „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ und „Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg“ gelang es ihr aber, insgesamt drei Sitze in den Stadträten von München und Nürnberg zu erringen.

Auch bei den anstehenden **Landtagswahlen** wird die NPD versuchen, Erfolge zu erringen. Vorrangiges Ziel der NPD dürfte daher sein, die Marke von einem Prozent der Wählerstimmen zu überschreiten, um damit **Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung** nach dem Parteiengesetz zu haben.

Spitzenkandidaten sind durchgängig **einschlägig bekannte Rechtsextremisten und Neonazis**, darunter die Funktionäre Uwe Meenen, Ralf Ollert, Sascha Roßmüller und der neue Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in München Karl Richter. Die **Wahlkampfstrategie** der NPD besteht nach wie vor darin, aktuelle politische Themen aufzugreifen und über diese Themen auch Zuspruch zu ihren nationalistischen und rechtsextremistischen Positionen zu erreichen.

BayVer-
sammlG

Unser neues **Bayerisches Versammlungsgesetz**, das der Landtag erst vor kurzem verabschiedet hat, soll künftig **Einschränkungen rechts-extremistischer Versammlungen** möglich machen, um einer Billigung, Verherrlichung, Rechtfertigung oder Verharmlosung des nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürregimes entgegenzutreten. Damit **reagieren wir auf das unerträglich**

provozierende Auftreten von Rechtsextremisten, die die Würde der Opfer des Nationalsozialismus verletzen.

Neu ist auch ein **allgemeines Militanzverbot**, also das **Verbot von gewaltbereitem Auftreten**. Damit wollen wir beispielsweise das **militante Auftreten linksextremistischer „Schwarzer Blöcke“** verhindern.

Ich betone aber ganz klar: **Für friedliche Demonstranten ändert sich nichts**. So sind etwa **Demonstrationen der Gewerkschaften in keinsten Weise** von der Neuregelung **betroffen**. Alle **Befürchtungen**, wir würden das Versammlungsrecht der Bürger beschränken, sind **gegenstandslos**. Sie finden in dem neuen Gesetz keine Stütze.

linksextremistische Gewalttaten

Die Zahl der **linksextremistischen Gewalttaten** ist **deutlich gestiegen**.

Waren im ersten Halbjahr 2007 noch 40 Gewaltdelikte zu verzeichnen sind es im

ersten Halbjahr dieses Jahres 54. Ursache hierfür dürfte unter anderem der **Wahlkampf der bayerischen NPD** sein, durch den sich Autonome provoziert fühlen und zu Gegenaktionen aufrufen.

Auch wenn es keine vergleichbaren massiven Ausschreitungen wie beim G8-Gipfel im letzten Jahr gab, steht das **unverändert hohe Gewaltpotential der Autonomen** weiterhin im Blickpunkt der Sicherheitsbehörden. Das wichtigste Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten ist mittlerweile der so genannte „**Antifaschismus**“. Autonomen geht es hierbei nur vordergründig um einen Kampf gegen Rechtsextremisten, im Kern aber um einen **Kampf gegen den demokratischen Staat und dessen Institutionen**. Diesen wird unterstellt, Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen. Kundgebungen gegen rechtsextremistische Auftritte werden als Forum für Gewalttaten auch gegen Polizeibeamte genutzt.

DIE LINKE.
und Wahlen

Die Partei DIE LINKE. hat bei den **Kommunalwahlen** vereinzelt Erfolge errungen. Insgesamt erzielte sie in ganz Bayern **42 Mandate**. Die Partei wird auch bei der anstehenden **Landtagswahl** antreten.

verfassungs-
feindliche Aus-
richtung

In der Sache ist und bleibt die Partei DIE LINKE. **klar Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes in Bayern**. Die Parteiführung ist nach wie vor bestrebt, das Modell einer **anderen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung** zu verwirklichen. Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung wird als **kapitalistisch denunziert**. Führende Funktionäre setzen sich dafür ein, langfristig ein sozialistisches Staatsgebilde herbeizuführen.

So ist es kein Zufall, dass bayernweit über die **Hälfte der Kandidaten** auf den Listen der Partei **bereits als Linksextremisten bekannt** sind, darunter neben Funktionären der VVN-BdA auch ehemalige Aktivisten der DKP,

Mitglieder der trotzkistischen Vereinigung „Sozialistische Alternative Voran“ oder der Gruppierung „marx21“.

Fürsprache für
PKK

Vor diesem Hintergrund verwundert auch nicht die **Fürsprache für die Terrororganisation KONGRA-GEL (PKK)** aus den Reihen der Partei. Im Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke wird dabei auch der „bewaffnete Kampf“ gerechtfertigt.

Extremismus
hinter smarterer
Fassade

Die Partei ist mittlerweile in zehn Länderparlamenten und im Bundestag vertreten. Die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten für die Umsetzung linksextremistischer Bestrebungen dürfen nicht unterschätzt werden. Bei der Partei DIE LINKE. versteckt sich **hinter einer smarten Fassade ein klarer extremistischer Inhalt.** Der Extremismus der Partei wird deshalb als solcher oft nicht wahrgenommen und erscheint Vielen als gesellschaftsfähig. Er stellt für unsere verfassungsgemäße Ordnung längerfristig betrachtet **aber eine große Gefahr dar.** Gefordert ist daher ein **klarer**

Abgrenzungskurs auf der Basis eines breiten Konsenses aller demokratischen Parteien.

Anrede!

Spionage-
abwehr

Auf Grund zunehmender Globalisierung und steigendem Wettbewerb ist das technische Know-How von Wirtschaftsunternehmen für die Nachrichtendienste vieler Länder verstärkt Ziel ihrer Tätigkeit. Bei der **Spionageabwehr** des Landesamts für Verfassungsschutz ist die Beobachtung der Aktivitäten von Nachrichtendiensten aus Russland, China und vielen anderen Staaten im Bereich der **Wirtschaftsspionage** daher inzwischen ein besonderer Schwerpunkt.

Anrede!

Scientology-
Organisation

Bei der Scientology-Organisation ist in letzter Zeit insbesondere die Vereinnahmung von Kindern durch die Organisation zu kritisieren. Die Schließung der von Scientologen betriebenen Kindertagesstätte **Kinderhäusl e.V.** in München begrüße ich daher sehr.

Auch die Entscheidung des
Oberverwaltungsgerichts Münster vom 12.
Februar diesen Jahres war ein wichtiger
Meilenstein: Das Gericht hat die
Beobachtung der Scientology-Organisation
durch das Bundesamt für Verfassungsschutz
auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln für
rechtmäßig erklärt. Dies bestätigt unsere
Einschätzung über die
Verfassungsfeindlichkeit und Gefährlichkeit
dieser Organisation, die wir in Bayern daher
auch weiter genau beobachten werden.

Dank

Zum Abschluss möchte ich dem Landesamt
für Verfassungsschutz sowie all seinen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen
Dank für ihre hervorragende Arbeit zum
Schutz der Bürger aussprechen. Angesichts
der aktuellen Sicherheitslage ist ihre Arbeit für
den Schutz unserer Bürger unentbehrlich und
von besonderem Gewicht.